Warmbrunner Nachrichten

Tageszeitung für das Riesengebirge. — Wöchentlich 2 Beilagen: eine illustrierte und eine Roman-Beilage.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. — Bezugspreis: Wöchentlich 35 Pfg., monatlich 1,40 Mk., durch die Post 1,40 Mk. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben die Bezieher kein Anrecht auf Nachlieferung. Gerichtsstand für beide Teile Hirschberg im Riesengebirge.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene mm-Zeile 7 Rpf., für auswärtige Inserenten 9 Rpf, die 3-gespaltene Reklame-mm-Zeile 20 Rpf. bezw. 30 Rpf, tabellarischer Satz bis 100 Prozent Zuschlag. Etwaiger Rabatt wird hinfällig, wenn der Betrag nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungserhalt bezahlt ist, ebenso erlischt derselbe bei Konkurs od. gerichtl. Beitreibung

Schriftleitung: Paul Fleischer. Druck und Verlag: P. Fleischer, Bad Warmbrunn, Voigtsdorfer Straße 3, Fernsprecher Nr. 115. — Postscheck-Konto: Nr. 6746 Breslau.

Nummer 251. Freitag, den 25. Oktober 1929 48. Jahrgang

Der Staatsgerichtshof lehnt ab.

Der deutschnationale Antrag abgewiesen. — Die Erwerbslosenziffer schwillt weiter an — Folgt Briands zwölftem Kabinett ein dreizehntes? — Die schwierigen Reichsbahnverhandlungen in Paris. — Tanz der Millionen im Budget.

Neues in Kürze.

*** Die Verhandlungen über die Rechtsverhältnisse der deutschen Reichsbahn in Paris gestalten sich aus dem Grunde recht schwierig, weil der französische Unterhändler die Reichsbahngesellschaft an Stellen vorschiebt, wo ausschließlich die deutsche Regierung zu entscheiden hat.**

*** Der deutsche Arbeitsmarkt zeigt wiederum eine Steigerung der Erwerbslosigkeit gegenüber dem gleichen Stichtag des Vorjahres.**

*** Der Rücktritt des französischen Kabinetts hat in Paris eine außerordentlich schwierige Lage geschaffen, die wohl nicht sobald behoben sein wird.**

*** In seinem Urteil hat der Staatsgerichtshof in Leipzig die von der Deutschnationalen Landtagsfraktion verlangte einstweilige Verfügung bezüglich der Stellungnahme von Beamten zum Volksbegehren abgelehnt.**

Nach Briands Sturz.

Briand hatte stets sein Kabinett als ein solches des Uebergangs und der Ferien bezeichnet, es ist allerdings kaum anzunehmen, daß er selbst an einen Sturz am ersten Tage des Zusammentritts der Kammer geglaubt hat, wenn auch zugegeben werden muß, daß die Gegensätze in der Regierung allzu große waren, um ein Auseinanderstreben der heterogenen Elemente auf die Dauer zu vermeiden. Es ist nicht die große Politik, die in das französische Parteien und Parlamentssystem Verwirrung hineingetragen hat. Mit der Politik, die durch den Young-Plan und durch die Vereinbarungen über die Rheinlandräumung gekennzeichnet wird, hatte sich auch die Rechte der französischen Kammer abgefunden, sie war von ihrem bisherigen außenpolitischen Ideal abgefallen, weil sie nicht riskieren wollte, ihre innerpolitische Macht zu verlieren. Probleme der Innenpolitik sind es, die den neuen Abschnitt der französischen Kammerverhandlungen vor allem beherrschen werden, und die den Sturz der Regierung herbeigeführt haben.

Die parlamentarischen Streitpunkte ergeben sich aus den Sonderzielen einzelner Parteien und aus dem Kampf um die finanzpolitische und sozialpolitische Neugestaltung der französischen Verhältnisse. Parteipolitisch war ein anormaler Zustand in Frankreich eingetreten, seit es Poincaré gelungen war, ein großes Konzentrationskabinett zu bilden, in welchem neben den Vertretern der radikalen Nationalisten auch Vertreter der äußersten bürgerlichen Linken, der Radikalsozialisten saßen. Die Radikalsozialisten, früher gewohnt, jahrzehntelang an jeder französischen Regierung beteiligt zu sein, hatten mit einem gewissen Widerwillen zugestimmt, als es dem Einfluß Poincarés gelang, einzelne ihrer führenden Abgeordneten für sein Kabinett zu gewinnen. Man hatte eine jahrelange Spaltung dieser großen französischen Partei in der Kammer zu beobachten, wenn auch diese Spaltung nach Außen hin nicht in Erscheinung trat. Ein Teil der Radikal-Sozialisten stimmte damals, obgleich die Partei Minister im Kabinett hatte, immer mit den Sozialisten gegen die Regierung, der andere Teil war regierungstreu. Dann zwang die zunehmende Linksströmung in der Radikalsozialistischen Partei zu einem Umbau des Kabinetts Poincaré und schließlich ging aus diesen Ereignissen das Kabinett Briand hervor, das auf jede Zusammenarbeit mit den Radikalsozialisten verzichten mußte und sich nur — unter dem Linkspolitiker Briand — auf die Parteien der Mitte und der Rechten stützen konnte.

Nun hat diese schon lange abbröckelnde Mehrheit, die einen ganz unnatürlichen Charakter von vorneherein trug, versagt. In den Senatswahlen ist der rechtsradikale Pensionsminister Anterious unterlegen und obgleich er Kammerabgeordneter ist und infolgedessen seinen Ministersitz behalten konnte, hat er seine Demission angeboten, die Briand zunächst abgelehnt hatte. Er rechnete wohl nicht mit den zähen und unentwegten Intrigen machtvoller Gegner, die unter allen Umständen ihn zu Fall bringen wollten. Unter dem Einfluß Tardieus machte sich eine Bewegung bemerkbar, die ein mehr nach der Mitte konzentriertes Kabinett ans Ruder bringen will. Die äußerste rechtsradikale Gruppe Marin soll ausgeschaltet werden, aber die ebenfalls weit rechtsstehenden Gruppen, die durch den Kriegsminister Maginot repräsentiert sind — Maginot hat bekanntlich vor kurzem eine recht vieldeutige Rede über die Rheinlandräumung gehalten — soll nach Tardieus Absichten gestärkt werden. Diese Pläne Tardieus werden von dem rechten Flügel der Radikalsozialisten unter Führung Caillaux unterstützt. Auf dem radikalsozialistischen Parteitag in Reims muß deshalb die Entscheidung darüber fallen, ob die radikalsozialistische Partei wieder wie unter Poincaré bereit ist, sich zeitweilig in das Schlepptau der Rechten nehmen zu lassen oder nicht. Die größte Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die Radikalsozialisten mit großer Mehrheit jedes Zusammengehen mit der Rechten ablehnen werden.

Denn der Kampf um die großen innerpolitischen Probleme geht vor allem um einen Ausbau der Sozialpolitik und eine Umgestaltung des Steuersystems in demokratischem Sinn und die Radikalsozialisten wissen, daß die Rechte nur deshalb in der Regierung bleiben will, um diese Reform der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu verhindern. Lehnen aber, wie zu erwarten, die Radikalsozialisten ein Zusammengehen mit der Rechten ab, so bestehen eigentlich überhaupt keine Möglichkeiten, eine Mehrheit in der französischen Kammer zu bilden. Tardieus Kombination eines nach der Mitte orientierten Kabinetts würde an der Haltung der Radikalsozialisten scheitern. In der Theorie wäre eine Mehrheitsbildung durch den Zusammenschluß der Radikalsozialisten möglich. Sie scheitert aber ebenfalls daran, daß die Sozialisten sich nicht dazu verstehen wollen, Ministersitze und damit die Verantwortung zu übernehmen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß, wie in früheren Jahren, die Krisen schnell aufeinanderfolgen werden, nachdem durch den Rücktritt Briand Raum für neue Kombinationen geschaffen ist. Man hat von der Notwendigkeit gesprochen, daß nur durch Kammerneuwahlen klare Mehrheitsverhältnisse geschaffen werden könnten. Aber die Wahlperiode der Kammer läuft noch bis 1932 und nach französischem Brauch wird eine vorzeitige Kammerauflösung fast als ein Staatsstreich betrachtet, sie hat sich auch in der Geschichte der französischen Republik nur einmal ereignet. Einen Ausweg sieht man unter diesen Umständen überhaupt nicht, wenn nicht ein vorsichtiges Lavieren von ziemlich rechts orientierten bürgerlichen Kabinetten die Zeit bis zu einer Konzentration der Linksparteien, also der Sozialisten und Radikalsozialisten oder die Zeit bis zum normalen Auflösungstermin ausfüllen

Der zwölfte Abgang.

Kehrt Briand zum 13. Male wieder?

Paris 24. Oktober.

In der ersten Sitzung der französischen Kammer nach den Ferien stellte Ministerpräsident Briand die Vertrauensfrage über die Behandlung der auswärtigen Politik. Die Kammer versagte der Regierung mit 288 gegen 277 Stimmen das Vertrauen. Die Regierung ist somit gestürzt.

Der Rücktritt des Kabinetts hat in den Wandelgängen der Kammer Ueberraschung hervorgerufen. Die Sozialisten, die Radikalsozialisten und 30 Mitglieder der Rechten, die sich um den früheren Pensionsminister Marin gruppieren, haben die Regierung zu Fall gebracht.

Wie es kam.

Zu dem Rücktritt des Kabinetts Briand ist zu bemerken, daß die Vertrauensfrage nicht der Außenpolitik als solcher, sondern ihrer geschäftsordnungsmäßigen Behandlung galt. Die Vorgeschichte ist folgende:

Zahlreiche Interpellationen über die Politik der Regierung wurden gleich nach Eröffnung der Kammer verlesen. Darauf ergriff Briand das Wort, um ein Arbeitsprogramm vorzuschlagen. Er empfahl, mit der Haushaltsaussprache am Donnerstag dieser Woche zu beginnen, dagegen alle Interpellationen, die sich auf die auswärtige Politik der Regierung beziehen, solange zu vertagen, bis mit der Beratung des Youngplanes und den Haager Abmachungen begonnen würde.

Daran schloß sich eine ausführliche Aussprache, in der Leon Blum für die Sozialistische Partei sich mit der Vertagung der außenpolitischen Probleme einverstanden erklärte. Den dann folgenden Auftakt zu scharfen Angriffen gegen die Regierung gab der radikalsozialistische Abgeordnete Montigny, der den Vertagungsvorschlag der Regierung ablehnte. Der Redner verlangte vor allem, möglichst bald mit der Besprechung der Gründung der Bank für internationale Zahlungen zu beginnen, die eine Gefahr für die Regierung bedeute, und verlangte ferner die Erörterung der Rheinlandräumung und der Bedingungen, unter denen sie erfolgen werde. Auch die Saarfrage solle behandelt werden. Marin wies besonders darauf hin, daß die Rheinlandräumung bereits begonnen habe.

Briand erwiderte, er könne die Stellung der Regierung dem Auslande gegenüber nicht schwächen. Für die Aufgabe, die die Regierung im Haag zu erfüllen gehabt habe, hätte sie im voraus das Vertrauen der Kammer erhalten. Die Angriffe Marins und Montignys gingen darauf aus, der Regierung dieses Vertrauen auch vor dem Auslande zu rauben. Wenn man der Regierung die einmonatige Frist, die sie brauche, versagen wolle, so möge die Kammer dies offen aussprechen. Die Regierung könne aber über die auswärtige Politik nicht früher Auskunft geben, als die Verhandlungen mit den auswärtigen Regierungen beendet seien.

Marin antwortete, er könne nur dann für die Regierung stimmen, wenn er ihre Pläne vorher kenne.

Montigny sprach Briand persönlich das Vertrauen aus, verweigerte es jedoch dem gesamten Kabinett, vor allem Maginot. Maginot versuche geschickt, günstige Vorbedingungen für die Rheinlandräumung zu konstruieren.

Montigny stürzt die Regierung.

Der Antrag, der dann den Sturz der Regierung herbeiführte, war von dem Abgeordneten Montigny gestellt worden. Er verlangte die Festsetzung des Termins für die Behandlung der auswärtigen Politik auf den 15. November. Hiergegen stellte Briand die Vertrauensfrage und kam mit Hilfe des rechten und linken Flügels der Kammer zu Fall.

Nach der Abstimmung wurde die Kammersitzung sofort aufgehoben. Die Minister begaben sich geschlossen zum Präsidenten der Republik, um ihm den Gesamtrücktritt des Kabinetts zu unterbreiten.

Pariser Blätterstimmen zur Regierungskrise.

Die französischen Morgenzeitungen geben ihrer großen Ueberraschung über den Sturz des Kabinetts Briand Ausdruck, da sich alle Welt darüber einig gewesen sei, daß es Briand nicht schwer fallen würde, die Kammer dazu zu bewegen, erst in die Haushaltsberatung einzutreten und die Interpellationen zum Youngplan auf später zu vertagen. Sämtliche Zeitungen vertreten die Ansicht, daß die neue Kabinetskrise von langer Dauer sein werde und zu schweren inner- und außenpolitischen Folgen führen könne. Der „Petit Parisien“ erinnert daran, daß dieselbe Volksvertretung, die am 1. August mit 189 Stimmen Mehrheit das Kabinett ermächtigte, die Haager Verhandlungen zu führen, es am Dienstag mit 11 Stimmen in die Minderheit gebracht habe, noch ehe die Verhandlungen zum Abschluß gebracht seien. Nach dem „Petit Parisien“ ist die Krise angesichts der bevorstehenden Landestagung der republikanisch-sozialistischen Partei in Reims in einem ungünstigen Augenblick eingetreten. Sowohl in der radikalen Partei wie bei den Sozialisten seien die Meinungen geteilt.

Die Aufgabe des neuen Ministerpräsidenten werde nicht leicht sein. Nach Ansicht des Blattes gibt es in der Kammer nur eine wirklich feste und dauerhafte Mehrheit, und zwar diejenige, die Poincaré bei der Bildung seines zweiten Kabinetts nach der Weigerung der Radikalsozialisten um sich versammelt hatte. Diese Mehrheit reiche von den sozialistischen Republikanern bis zu den gemäßigten Elementen der Marin-Gruppe. In diesem Falle wäre mit André Tardieu als dem kommenden Ministerpräsidenten zu rechnen. Eine andere Möglichkeit wäre eine Präsidentschaft des Sozialisten Paul-Boncour mit Unterstützung der Radikalen.

Ein Bündnis der Sozialisten und Radikalen würde aber noch keine Mehrheit ergeben, und beide Parteien hätten sich um die Unterstützung der französischen Sozialisten, der republikanischen Sozialisten und der radikalen Linken zu bemühen.

Reichsbank und Reichsbahn.

Die Pariser Verhandlungen.

Paris, 24. Oktober.

Die Verhandlungen des Organisationsausschusses über die künftige Ausgestaltung der Reichsbank sind im wesentlichen abgeschlossen. Es war von vornherein anzunehmen, daß diese Verhandlungen am allerwenigsten auf Schwierigkeiten stoßen würden, da es sich hier nur um eine Ausschaltung des ausländischen Einflusses handelte.

Weitaus schwieriger sind dagegen die Verhandlungen über die Rechtsverhältnisse der Deutschen Reichsbahn nach dem Youngplan. Die Verhandlungen, die darüber in Paris geführt werden, dauern bereits ununterbrochen vier Wochen

an und es kann noch immer nicht von einem positiven Ergebnis gesprochen werden. Der französische Unterhändler Leverve klammerte sich mit größter Hartnäckigkeit an den Wortlaut des Youngplanes und die Zugeständnisse im Brief des Reichsbankpräsidenten Schacht. Er macht außerdem seine Entscheidungen von der Zustimmung der Deutschen Reichsbahngesellschaft abhängig. Die Verhandlungen werden aber nicht von der Reichsbahngesellschaft, sondern von Vertretern der deutschen Regierung geführt. Bemerkenswert ist, daß der Vorsitzende des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Herr von Siemens, dieser Tage in Paris weilte und mit dem französischen Unterhändler Leverve unmittelbar Fühlung genommen hat. Es wird weiter berichtet, daß auch Persönlichkeiten der deutschen Industrie für die Verhandlungen lebhaftes Interesse zeigen Demgegenüber muß mit allem Nachdruck daran festgehalten werden, daß verantwortliche Verhandlungsführer lediglich die Vertreter der deutschen Regierung sind, und daß alle Versuche anderer interessierter Gruppen, auf die Verhandlungen irgendwelchen Einfluß zu gewinnen, aufs schärfste zurückgewiesen werden müssen.

Das Urteil des Staatsgerichtshofs.

Einstweilige Verfügung abgewiesen.

= **Leipzig**, 24. Oktober.

Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke hat als Vorsitzender des Staatsgerichtshofes in der Verfassungsstreitsache zwischen der preußischen Landtagsfraktion, der Deutschnationalen Volkspartei und dem Lande Preußen folgende Entscheidung verkündet:

Der Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung wird zurückgewiesen.

Aus der Begründung.

„Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich hat in seiner bisherigen Praxis gegenüber Anträgen auf Erlaß von einstweiligen Verfügungen große Zurückhaltung geübt.

Im vorliegenden Fall ist ihr Erlaß total ausgeschlossen, weil ihre Beschränkung auf die Regelung eines einstweiligen Zustandes unmöglich ist.

Die verschiedenen Fassungen, die sie ihnen gegeben hat, laufen immer darauf hinaus, daß die Teilnahme der preußischen Beamten an dem Volksbegehren zum Freiheitsgesetz für nicht dienstwidrig erklärt werden soll. Denn nur, wenn das der Fall ist, kann eine Verfassungswiorigkeit der Kundgebung des preußischen Ministerpräsidenten und des preußischen Staatsministeriums festgestellt und deren einstweilige Untersagung begehrt werden.

Die Frage der Befugnisse der preußischen Beamten,

ohne Rücksicht auf die Beamtenstellung sich in die Eintragungsliste für das Volksbegehren einzuzeichnen und später an der Volksabstimmung teilzunehmen, ist aber gerade

Gegenstand des Hauptklageantrages

und bildet den eigentlichen Streitpunkt der Parteien. Es würde deshalb eine Verkürzung der Rechte des Antragsgegners bedeuten, wenn schon jetzt in dem Verfahren über die einstweilige Verfügung, das nicht mit den vollen Rechtsgarantien des Gesetzes über den Staatsgerichtshof und der dazu erlassenen Geschäftsordnung umkleidet ist, der sachliche Streit entschieden werden würde.

Der Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung muß demnach abgelehnt werden.“

Young-Plan und Haushalts-Defizit.

Die Erleichterungen, die zum Ausgleich dienen.

Berlin, 24. Oktober.

Das Reichsfinanzministerium hat über die durch den Young-Plan geschaffenen Erleichterungen eine Berechnung aufgestellt, aus der sich ergibt, daß die Erleichterungen für dieses Haushaltsjahr 464,4 Millionen Reichsmark betragen. Nach den Berechnungen des Reichsfinanzministeriums sind zu zahlen vom Ablauf des Dawesjahres bis zum Beginn des gegenwärtigen Haushaltsjahres

sechs Zwölftel Beförderungssteuer	145 Mill. Mark
fünf Zwölftel Haushaltszahlung	520 Mill. Mark
sieben Zwölftel Young-Annuität	742 Mill. Mark
Dienst der Auslandsanleihe	52 Mill. Mark
rund	1460 Mill. Mark

Davon trägt die Deutsche Reichsbahngesellschaft 385 Millionen Mark, so daß zu zahlen bleiben 1075 Millionen Mark. Im Etat 1929 sind nun aber an Reparationsleistungen 1540 Millionen Mark eingesetzt. Davon die 1075 Millionen Mark in Abzug gebracht bleibt nach der genauen Berechnung eine Ersparnis von 464,4 Millionen Mark. Von dieser Summe müssen allerdings wieder abgerechnet werden die 46 Millionen, die sich ergeben aus den neuen Anforderungen von 30 Millionen Mark Besatzungskosten und 16 Millionen Mark belgischer Markzahlungen, so daß sich danach eine Erleichterung von rund 411 Millionen ergibt. Demgegenüber beträgt nach den bisherigen Berechnungen das Haushaltsdefizit für 1929 auf der Ausgabenseite 295,9 Millionen, auf der Einnahmeseite 14,1 Millionen Reichsmark. Das sind zusammen 310 Millionen Reichsmark, die durch die Youngerleichterungen ausgeglichen werden sollen.

Ein Tag der Abstimmungen.

Ein deutschnationales Mißtrauensvotum abgelehnt.

Berlin, 24. Oktober.

Das Haus überwies zunächst die neuen Bedingungen des Wohlfahrtsministeriums für die Gewährung von staatlichen Baudarlehen für Staatsbedienstetenwohnungen dem Ausschuß. Darauf folgte ein Bericht des Geschäftsordnungsausschusses über Anträge auf

Genehmigung zur Strafverfolgung von Abgeordneten.

In vierzehn Fällen beantragt der Ausschuß die Verweigerung der Strafverfolgung, in 23 Fällen die Genehmigung. In diesen 23 Fällen handelt es sich um kommunistische und nationalsozialistische Abgeordnete, die der Beleidigung durch die Presse, des Vergehens gegen die Aufruhrparagraphen und anderer Delikte beschuldigt sind.

Nach kurzer Geschäftsordnungsaussprache über die Frage, ob jeder einzelne Antrag oder ob die Anträge insgesamt besprochen werden sollen, wurde im Hammelsprung mit 227 gegen 137 Stimmen ein Antrag Leinert (Soz.) auf gemeinsame Besprechung angenommen. Die Beratung wurde zurückgestellt zwecks Vornahme der

Abstimmungen über die deutschnationalen Anträge

zum Young-Plan, zur Stellung der Beamten zum Volksbegehren, zum Stahlhelmverbot, auf Rückberufung des Oberbürgermeisters Böß und über den Mißtrauensantrag gegen das Staatsministerium.

Vor der Abstimmung gab Abgeordneter Kasper (Komm.) eine Erklärung ab, wonach sich die kommunistische Fraktion bei der Abstimmung über den Mißtrauensantrag gegen das Staatsministerium der Stimme enthalten werde. Der deutschnationale Antrag, der das Staatsministerium ersucht, im Reichsrat gegen den Young-Plan zu stimmen, wurde in einfacher Abstimmung mit großer Mehrheit gegen die Antragsteller, Nationalsozialisten, Wirtschaftspartei und Deutsche Fraktion abgelehnt.

Zu dem weiteren Antrag, wonach die Beamten berechtigt sein sollten, sich für das Volksbegehren einzutragen, beantragten die Abgeordneten Borck (Dnat.) und Dr. Neumann (DVP.) Ausschußüberweisung, Abgeordneter Schwenck (Komm.) aber sofortige namentliche Abstimmung. Nachdem auch der Abgeordnete Falck (Dem.) sich für die sofortige Abstimmung ausgesprochen hatte, wurde diese vorgenommen.

Der Antrag verfiel mit 241 Stimmen der Regierungsparteien und Deutschen Volkspartei gegen 160 Stimmen der Deutschnationalen, Nationalsozialisten, Kommunisten, Wirtschaftspartei und Deutschen Fraktion der Ablehnung.

Nachdem ein Antrag Borck (Dnat.) auf Ausschußüberweisung gefallen war, fand gegen Deutschnationale, Nationalsozialisten und Wirtschaftspartei sowie Deutsche Fraktion der erste Teil des deutschnationalen Stahlhelmantrages Ablehnung, der die sofortige

Aufhebung der Auflösung des Stahlhelms

in Rheinland-Westfalen fordert. Der zweite Antragsteil, der eine Verlängerung der Eintragungsfrist für das Volksbegehren „infolge der offensichtlichen ungesetzlichen Störungen“ verlangt, wurde gegen Deutschnationale und Nationalsozialisten abgelehnt. Hierauf wurde

das deutschnationale Mißtrauensvotum

gegen das Staatsministerium wegen des Stahlhelmverbots in namentlicher Abstimmung mit 218 Stimmen der Regierungspartei gegen 114 Stimmen der Deutschnationalen, Deutschen Fraktion, Wirtschaftspartei und Nationalsozialisten abgelehnt.

Die Deutsche Volkspartei und die Kommunisten beteiligten sich an der Abstimmung nicht.

Das Haus beschäftigte sich dann mit den Notverordnungen zur Gewerbesteuer.

Wirksame Bekämpfung von
Arterienverkalkung
Tuberkulose
Rheumatismus

durch **Das so gesunde Dr. Senftner-Brot!**

Aufklärungsschrift und Verkaufsnachweis durch:

Dr. Senftner & Co. G. m. b. H., Stettin 9

Unruhen in Peking.

Kulis gegen Straßenbahner.

London, 24. Oktober.

In Peking kam es zu schweren Unruhen. Tausende von Kulis, mit Knütteln bewaffnet, hielten die Straßenbahnen in allen Teilen der Stadt an, zerbrachen die Fensterscheiben und richteten im Innern der Wagen schwere Verwüstungen an. Die Unruhen stellen den Höhepunkt eines allgemeinen Streites wegen der Neubildung der allgemeinen Arbeiter-Gewerkschaft dar.

Die Kulis haben jedoch seit längerer Zeit eine sehr feindselige Haltung gegenüber der Vereinigung der Straßenbahner gezeigt. Sie griffen jetzt das Hauptquartier der Straßenbahner-Vereinigung an und fielen dann einer kleinen Truppenabteilung, die inzwischen zur Unterdrückung der Unruhen herangezogen war, in den Rücken. Die Truppen feuerten zunächst Alarmschüsse ab, machten aber dann von den Gewehrkolben Gebrauch und trieben die Kulis auseinander. Sowohl im Hauptquartier der Polizei wie von der Leitung der Garnison wird erklärt, daß die Behörden nunmehr wieder Herr der Lage sind. Mit einer Wiederholung der Unruhen wird nicht gerechnet. Trotzdem haben die Geschäftsleute in der ganzen Stadt als Vorsichtsmaßnahme gegen eine Wiederholung der Angriffe ihre Geschäfte geschlossen.

Kleine politische Meldungen.

Der „Berliner Börsenzeitung“ das Postdebet für Polen entzogen. Durch Verfügung des Innenministeriums ist der „Berliner Börsenzeitung“ das Postdebet für die Republik Polen bis auf weiteres entzogen worden.

Eine geheimnisvolle Verhaftung in Bromberg. In Bromberg ist eine Person, deren Namen geheimgehalten wird, wegen Spionage zu Gunsten eines Nachbarstaates verhaftet worden.

Ein amerikanischer Zollschutzantrag gegen die deutsche chemische Industrie. Der Republikaner Kean verlangte im Senat bei der AuAssprache über die Zollvorlage schärfsten Schutz gegen Deutschlands chemische Industrie, besonders gegen die Farbenindustrie, die den amerikanischen Markt zu erobern drohe.

Anschlag auf den chilenischen Staatspräsidenten. Ein 18jähriger Anarchist verübte einen Revolveranschlag auf den chilenischen Staatspräsidenten General Carlos Ibanez del Campo, ohne jedoch den Präsidenten zu treffen. Die Polizei mußte den Angreifer vor der erregten Menge schützen.

Lokales und Allgemeines.

Gedenktage am 23. Oktober.

1825 Der Komponist Johann Strauß (Sohn) in Wien geb.
1838 Der Komponist George Bizet in Paris geb.
1865 Der Maler Walter Leistikow in Bromberg geb.
1919 Der preußische Generalfeldmarschall v. Haeseler auf Gut Harnekop gest.
1925 Der preußische Kriegsminister General der Infanterie Wild von Hohenborn gest.

Sonnenaufgang 6.40 Uhr :: Mondaufgang 22.30 Uhr
Sonnenuntergang 16.47 Uhr :: Monduntergang 14.35 Uhr

Wetterlage.

Die Kaltluft, die uns in den letzten Tagen beherrscht hat, ist weiterhin im Abnehmen begriffen. Dazu kommt, daß neuerdings durch zunehmenden Luftdruck die Depression, die über dem westlichen Mittelmeer lag, wesentlich nachgegeben hat. Unter diesen ziemlich günstigen Einflüssen dürfte das Wetter tagsüber vielfach noch freundlich bleiben.

Voraussichtliche Witterung.

Zumeist heiter, bei schwachen Winden aus Südwest. In der Frühe stärkere Neigung zur Nebelbildung.

Alte Schuld.

Roman von R. Kohlrausch.

Copyright by Greiner & Co., Berlin NW 6.

(Nachdruck verboten).

59. Fortsetzung.

„Wer war es?“

„Der Theaterfriseur. Und er hat mir Aufschlüsse gegeben, die merkwürdig zu meinen frisch aufgetauchten Vermutungen stimmten. Danach sind Schminken für den Teint von Männern und Frauen in der Farbe sehr verschieden voneinander. Die Teintschminke für Männer ist erheblich dunkler, oft auch gelblicher, bis ins Bräunliche hinein — so wie der Flecken auf dem Lappen hier.“

„Das ist interessant und mir neu.“

„Die Spur auf dem Aermel der Ermordeten konnte daher auch nicht von einer Schminke stammen, die sie selbst benutzt hatte, wie wir fälschlich annahmen. Es war Männerschminke, und die Kunewka mußte sich damit befleckt haben, während sie sich mit erhobenem Arm gegen ihren Mörder wehrte. Der Mörder mußte demnach in einer Maske, in einer Verkleidung zu ihr gekommen sein — als Doppelgänger des Regierungsrats Düringer.“

„Bravo, bravo! Die Sache scheint mir zu stimmen.“

„Sie stimmt, Herr Staatsanwalt. Als ich dort in dem Schuppen, den Herr Düringer betreten haben sollte, diese Schminkespur fand, fuhr es mir gleich wie ein Blitz durch die Gedanken: ein Doppelgänger!“

„Sie werden sich erinnern, daß ich gelegentlich schon mit Ihnen die Frage besprach, ob nicht eine Aehnlichkeit uns irregeführt hätte. Auf den Gedanken solch einer künstlich hergestellten Aehnlichkeit bin ich allerdings nicht gekommen.“

„Ich auch nicht früh genug — leider! Die auffallenden, scheinbaren und wirklichen Widersprüche in den Aussagen des Herrn Regierungsrats machten mich so mißtrauisch gegen ihn, daß ich allen anderen Erklärungsversuchen von vornherein ablehnend gegenüberstand. Mein Mißerfolg auf dieser Spur war eine verdiente, aber schmerzliche Lektion für mich.“

„Sie werden aus ihr lernen, und somit erfüllte sie auch ihren Zweck. Nun aber weiter.“

„Der Gedanke lag nahe genug, daß nur ein Kollege der Schauspielerin sich solch eine Verkleidung erdacht hatte. Wer von diesen Kollegen öfters bei ihr verkehrt hatte, wußten wir. Die Zahl war ja nur klein. Der alte, dicke, von einer eifersüchtigen Frau bewachte Oberregisseur Stiegler blieb wohl von vornherein aus dem Spiel. Der Charakterspieler Marconi war am fraglichen Abend in einem Konzert als Deklamator aufgetreten, konnte demnach auch nicht in Frage kommen. So blieb mir noch der Chargenspieler Frank. Wenn es mir möglich war, einen Zeugen zu ermitteln, der ihn an jenem Abend um die zutreffende Zeit in seinem Haus oder davor auf der Straße in der fraglichen Verkleidung erblickt hatte, dann war er überführt. Solch einen Zeugen hab' ich gefunden; gestern abend ist es mir gelungen. Ein Bäcker, der im Nebenhause wohnt und um drei Viertel auf acht Uhr gerade in der Tür stand, hat ihn gesehen. Der wirkliche Regierungsrat aber ist bis zehn Minuten vor acht zu Hause gewesen; es kann also nur der Schauspieler gewesen sein.“

„Und nun?“

„Nun möchte ich um einen Haftbefehl bitten, damit mir dieser Schurke nicht entwischt.“

Eilig nahm der Staatsanwalt ein Formular und griff zur Feder. Hastig flog sie darüber hin.

„Hier haben Sie den Befehl. Und machen Sie schnell, daß Ihrem klugen Vorgehen der Lohn nicht fehlt. Aber nehmen Sie ein paar handfeste Männer mit — es ist vielleicht nötig.“

Mit eiliger, stummer Verbeugung empfahl sich der Kommissar. — —

Elf Uhr schlug es, als Rittner das Haus betrat, in dem der Schauspieler wohnte. Sein Herz klopfte nun doch, indem er die Treppe hinanstieg, aber der feste, zähe Vorsatz, den Freund aus einer unwürdigen und quälenden Lage zu befreien, überwand jede Regung von Schwäche.

Daß Rittner Frank nicht mit absolut sicherem Beweis des Mordes überführen konnte, war ihm bewußt; er hatte sich aber in der Nacht einen Trick ausgedacht, um ihn durch Ueberraschung zu überrumpeln. Wenn er ihm auf den Kopf zusagte, daß er selbst ihn am fraglichen Abend in der Verkleidung des Regierungsrats gesehen habe, dann war sein Spiel möglicherweise gewonnen. Und er hatte sich, bevor er ins Haus trat, noch genau dessen Umgebung betrachtet, um durch Lokalfarbe seiner Lüge Wahrscheinlichkeit geben zu können.

Die braunen Türen an dem langen Vorplatze waren alle geschlossen, als Rittner ihn betrat. Er zögerte noch einen Augenblick vor dem Eingang, der Franks Visitenkarte zeigte, und schöpfte tief Atem. Dann hob er die Hand und klopfte. Das „Herein!“, das ihm antwortete, klang heiser und rauh.

Nun trat er ein und befand sich dem Mann gegenüber, dem in den letzten Tagen all seine Gedanken gegolten hatten. Was er vor sich sah, war eine menschliche Ruine. Von tiefen Furchen und Schatten war das bleiche, bartlose Gesicht erfüllt; bläuliche Ringe lagen um die geröteten Augen. Eine ganze Geschichte von Schuld, Verzweiflung, Trunk und Angst war abzulesen aus den verwitterten Zügen. Als Frank aufstand, um seinen Besucher willkommen zu heißen, riß ein Taumel ihn seitwärts, und mit Anstrengung nur gewann er eine festere Haltung. Die Hand aber, die er zum Gruß erhoben hatte, zitterte in der Luft; es war die Hand eines Trinkers, der die Herrschaft über seine Glieder verloren hatte. Stärker als am Tage vorher war auch der Schnapsgeruch im Zimmer; die Flasche, die Rittner bereits kannte, stand mit einem Wasserglas daneben auf dem Schreibtische. Sie war beinahe leer.

Um die dargebotene Hand nicht ergreifen zu müssen — es widerstand ihm, einen Mann, dem er als Feind gegenübertrat, so zu begrüßen — ließ Rittner schnell einen Handschuh fallen und bückte sich, um ihn aufzuheben. Auch der andere machte höflich einen Versuch, ihm behilflich zu sein, doch er taumelte wieder wie vorhin und mußte sich am Tisch halten, der vor dem buntgeblümten Sofa stand.

„Ich war aus Irrtum gestern schon hier,“ sagte Rittner. „Sie werden meine Karte bekommen haben.“

„Gewiß, Frau Be—Becker hat sie mir gegeben.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Lage am Arbeitsmarkt.

Weitere Zunahme der Erwerbslosigkeit.

⊶ **Berlin,** 24. Oktober.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 14. bis 19. Oktober stieg die Arbeitslosigkeit in der Berichtswoche allmählich und fast gleichmäßig weiter an. Das Tempo hat sich gegenüber der Vorwoche nicht beschleunigt.

Der stärkste Zugang der Arbeitslosen kam aus dem Baugewerbe und den Saisonbetrieben der Industrie der Steine und Erden; doch fehlte es auch nicht an Bezirken, wo der Markt der Außenberufe trotz der vorgeschrittenen Jahreszeit eine bemerkenswerte Festigkeit aufwies. Ferner gab die Metallwirtschaft in beträchtlichem Umfange Kräfte frei. Eine gewisse Stütze erfuhr der Arbeitsmarkt durch die saisonübliche Aufnahmefähigkeit der Konsumgüterherstellung. Spinnstoff- und Bekleidungsgewerbe, Rübenernte und Zuckergewinnung, Konserven- und Süwarenindustrie entlasteten schwach den Markt.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung (bekanntlich nicht die Gesamtlast der Arbeitslosigkeit) ist auf 790 000 gestiegen; das sind 170 000 mehr als am gleichen Stichtag des Vorjahres und 460 000 mehr als zur gleichen Zeit des Jahres 1927.

Der Breslauer Skandal.

Die Gratislieferungen an städtische Beamte.

+ **Breslau,** 23. Oktober.

Der Magistrat der Stadt Breslau nimmt jetzt zu der Behauptung Stellung, daß auch in Breslau sich städtische Beamte Durchstechereien haben zuschulden kommen lassen. Seine Darstellung bestätigt leider im großen und ganzen die bereits bekannt gewordenen Tatsachen.

Die Mitteilung der Magistrats besagt: Die im Juli d. J. in Konkurs geratene Installationsfirma Kaspar Wirz hat neben anderen Firmen auch für die Stadtgemeinde Breslau Arbeiten und Lieferungen ausgeführt. Eine Anzahl von städtischen Beamten und Angestellten aus den technischen Dienststellen, die mit der Firma Kaspar Wirz in Geschäftsverbindung standen, haben durch diese Firma Hauptarbeiten für den eigenen Haushalt ausführen lassen. Nach den Geschäftsbüchern der Firma Wirz und nach Aussagen mehrerer Angestellter der Firma scheinen diese Arbeiten oft nicht bezahlt worden zu sein. Anscheinend hat Wirz die von seinem Personal ausgeschriebenen Rechnungen den Auftraggebern nicht zustellen lassen. In diesen Rechnungen sollen übrigens auf Anordnung des Wirz nur die Selbstkosten angesetzt worden sein. Zahlung ist meist erst an den Konkursverwalter geleistet worden. Einige Beamte sollen der Firma Wirz bei Erteilen von Aufträgen gefällig gewesen sein. Inwieweit dies zutrifft, wird die weitere Untersuchung ergeben, die rücksichtslos durchgeführt wird.

Viel Geschrei um den Wintermantel.

Bis ins letzte Stübchen ist es gedrungen: Frau Lehmann hat jetzt schon ihren neuen Wintermantel. Man weiß aber noch viel mehr. Man weiß im ganzen Städtchen, daß der neue Pelzmantel 280 Mark gekostet hat. Woher man das weiß? Frau Lehmann hat es allen ihren Bekannten mit ganz besonderer Betonung erzählt, daß sie sich das, Gott sei Dank, noch leisten kann, daß sie sich schämen würde, einen Mantel unter dieser Preislage zu tragen.

Wie es um die Frau Lehmann bestellt ist, so ist es um viele andere Menschen. Für sie bekommt das, was sie am Leibe tragen, erst dann den wichtigen Wert, wenn jeder weiß, was es gekostet hat, wenn sich überall die Leute die Hälse ausrecken, um den neuen Mantel, den neuen Hut und die neuen Schuhe zu sehen, wenn überall die Leute neidvoll die Augen verdrehen.

Merkwürdig, daß so viele gar nicht empfinden, wie taktlos sie sich bei ihrer aufdringlichen Mitteilsamkeit benehmen, wie taktlos und grob sie gerade in unserer jetzigen harten Zeit ihren Mitmenschen gegenüber handeln. Ist ein derartiges Protzentum nicht widerlich, nicht ärgerniserregend, wenn man den anderen, die mit ein paar armseligen Groschen förmlich geizen müssen, um sich über Wasser zu halten, mit köstlicher Lust und mit aller Breite erzählt, daß man noch 280 Mark für einen bloßen Wintermantel anlegen kann.

Es ist richtig, daß das Gewerbe von Leuten, die kein Geld haben, nicht leben kann. Es ist aber genau so richtig, daß Frau Lehmann mit ihrer unverzeihlichen Klatschsucht, mit ihrer protzig-klobigen Art im Handumdrehen mehr Verbitterung erzeugt, als ein halbes Dutzend unangenehmer Politiker hervorzubringen vermögen.

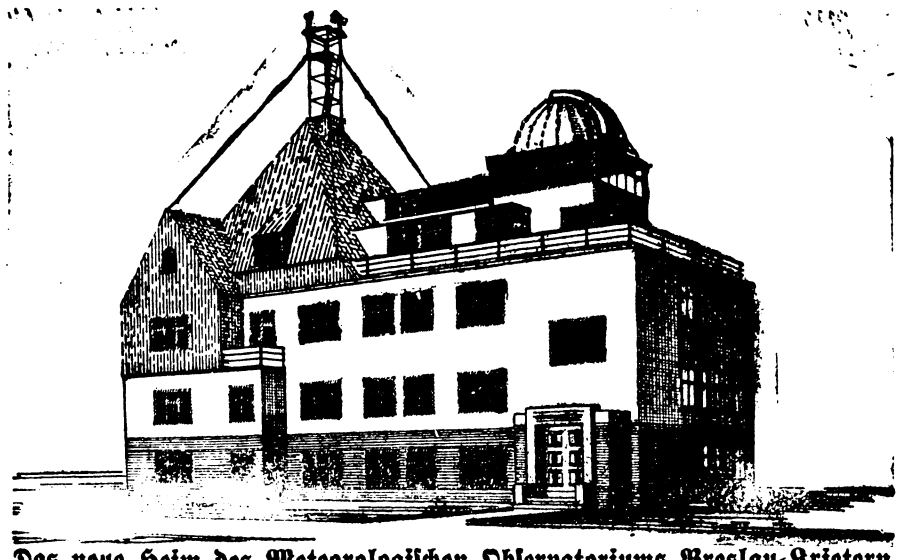
Frau Lehmann sollte in diesen bösen Zeiten, da viele ihrer Mitmenschen kaum etwas zu nagen und zu beißen haben, lieber den Schnabel halten und lieber nach anderen Mitteln zur Stützung ihres Kredites suchen. Sie sollte ihre Mitmenschen in Ruhe lassen, denn anders könnte man schließlich zu der Auffassung kommen, daß dieser vorlauten Frau Lehmann noch sehr viel gesellschaftlicher Schliff nottäte.

Th.

— **Keine Beleuchtung von Kraftfahrzeugen unter Straßenlampen.** Der preußische Minister des Innern hat in einem Runderlaß alle Polizeibehörden dahin verständigt, daß er der im Urteil des Oberlandesgerichtes Stuttgart vom 12. Juni 1929 ausgesprochenen Rechtsansicht beitritt, wonach die Pflicht zur Beleuchtung stehender Kraftfahrzeuge nicht besteht, wenn die Fahrzeuge im Schein anderer Lichtquellen stehen, die das Fahrzeug und Kennzeichen in gleichem Maße erhellen, wie dies durch eigene Beleuchtung möglich wäre, und denen gegenüber die eigene Beleuchtung des Fahrzeuges infolgedessen zwecklos ist.

— **Ist durch eine ernsthafte Erkrankung** eine Badereise nötig geworden, um die volle Leistungsfähigkeit wiederzugewinnen, so kann das Finanzamt, wenn das Einkommen nicht 30 000 Mark jährlich übersteigt, auf Grund von § 56 des Einkommensteuergesetzes die Steuer herabsetzen.

— **Für eine gute Gesetzessprache!** Der Deutsche Sprachverein hat es in steigendem Maße verstanden, sich bei seinem Streben nach einer guten Gesetzessprache das Vertrauen derjenigen Körperschaften und Behörden zu gewinnen, die an der Gestaltung der Gesetze mitwirken. Der preußische Minister des Innern spricht den nachgeordneten Behörden gegenüber die Erwartung aus, es möchte darüber hinaus bei allen amtlichen Verlautbarungen, die sich an einen größeren Personenkreis wenden, der Rat der örtlichen Zweigvereine des Deutschen Sprachvereins eingeholt werden, um Mängel der überkieferten Amtssprache zu beseitigen und eine schlichte, klare und schöne Ausdrucksweise an ihre Stelle zu setzen.



Das neue Heim des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krietern.
(Entwurf und Bauleitung Architekt Hellmut Ronge, Breslau, Bauausführung Kurt Lindert, Breslau.)

— **Den neuen Wohlfahrtsbriefmarken** der Deutschen Nothilfe, die am 1. November d. J. erscheinen, bringen weiteste Kreise, die an der Wohlfahrts- und Jugendpflege interessiert sind, bereits jetzt schon größtes Interesse entgegen. Es ist erfreulich, daß die Aufschläge in diesem Jahre erheblich herabgesetzt sind, denn nun ist es wirklich möglich, daß der Gedanke der Wohlfahrtsbriefmarke, der in außerdeutschen Ländern sich bereits seit Jahren durchgesetzt hat, auch in Deutschland volkstümlich wird. Die Zuschläge betragen in diesem Jahre bei der 5-Pf.-Marke 2 Pf., bei der 8-Pf.-Marke 4 Pf., bei der 15-Pf.-Marke 5 Pf., bei der 25-Pf.-Marke 10 Pf. und bei der 50-Pf.-Marke 40 Pf. Also eigentlich nur bei der wenig gebrauchten letzten Marke fällt der Aufschlag für den Käufer finanziell ins Gewicht. Ferner erscheint eine Bildpostkarte, die mit eingedruckter 8-Pf.-Wohlfhartsbriefmarke nur 12 Pf., also lediglich den Markenwert, kostet. Empfehlungen des Ministers für Volkswohlfahrt und des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung für die Wohlfahrtsbriefmarken liegen bereits vor, ebenso haben die Spitzenverbände aus Handel, Handwerk und Industrie ihren Mitgliedern die Verwendung von Wohlfahrtsbriefmarken empfohlen. Bei der Geringfügigkeit der Aufschläge ist zu hoffen, daß die Marken in allen Kreisen der Bevölkerung in diesem Jahre zur Gebrauchsmarke werden. In Anbetracht des Zweckes: Schaffung eines gesunden, leistungsfähigen Nachwuchses, ist der diesjährigen Wohlfahrtsbriefmarke ein besonders großer Erfolg zu wünschen.

— **Die hiesige Volksbücherei** hat einen neuen Teil der Kreisvolksbücherei mit etwa 200 Bänden erhalten. Ausgabe findet jeden Montag nachmitlag von 3—5 Uhr statt.

— **Die diesjährige Ziehungsliste** der Anleihe-Ablösungsschuld des deutschen Reiches Nr. 1—90 000 kann auf dem Gemeindeamt Zimmer 1 (1. Stock) eingesehen werden. Die Anleihe-Ablösungsrechte sind mitzubringen.

— **Bahnhof „Kamenz (Schlesien)".** Die Schreibweise des an der Strecke Breslau-Mittelwalde gelegenen Bahnhofs Kamenz wird ab 1. November 1929 in „Kamenz (Schlesien)" geändert.

— **Zugverkehr in Sachsen am 31. Oktober.** Am 31. Oktober, der im Freistaat Sachsen gesetzlicher Feiertag ist, wird der Personenzugverkehr im Bezirk der Reichsbahndirektion Dresden wie an Sonntagen durchgeführt.

— **Umbenennung eines Bahnhofs.** Der an der Strecke Glatz-Schlaney gelegene Bahnhof Kudowa-Sackisch wird ab 1. November in „Bad Kudowa-Sackisch" umbenannt.

hy. **Achtung falsche Fünfmarkstücke!** Die Pressestelle der Liegnitzer Kriminalpolizei verbreitet folgende Warnung: Am Dienstag erschien in einem Liegnitzer Milchgeschäft ein Schüler und verlangte Butter. Er bezahlte mit einem Fünfmarkstück, das sich als Fälschung erwies. Er hatte es von einem Unbekannten erhalten, der inzwischen verschwunden war. Er wird wahrscheinlich versuchen, das Falschgeld durch jugendliche Mittelspersonen an anderen Stellen und in anderen schlesischen Städten unterzubringen, sodaß für alle schlesischen Geschäftsleute besondere Vorsicht am Platze ist. Der Unbekannte ist etwa 1,67 groß, 35 Jahre alt, trägt englischen Schnurrbart, schwarzen Ueberzieher und schwarzen Hut. Die Falschstücke fallen durch schlechtere Prägung auf.

Immer neue Betrügereien.

hy. **Breslau,** 23. Oktober. (Konkursverwalter Cohn flüchtig!) Riesiges Aufsehen erregt hier das plötzliche Verschwinden des bekannten Konkursverwalters Jakob Cohn, der als sehr reich gilt und eine Villa, 5 Häuser und ein Gut besitzt. Da ihm große Unterschlagungen zur Last gelegt werden, hat die Staatsanwaltschaft Haftbefehl gegen ihn erlassen. Er fuhr am Montag nach einer Konferenz fort und telefonierte an seine Frau erst von Kandrzin, ihr mitteilend, daß er in seinen Nerven zusammengebrochen sei und sich förmlich verabschiedend. In der Affäre stehen viele 100 000 Mark auf dem Spiel. Die Prüfung der Bücher hat ergeben, daß er bisher im Konkurs der Schokoladenfabrik Lübetta 36 000 Mark veruntreut hat. In seinen Büchern finden sich nur Eintragungen bis zum 30. September. In 2 anderen Konkursen, die er verwaltete, fehlen 75 000 Mark. Ferner fehlt der Nachweis über Verwendung von 82 000 Mark, sodaß bis jetzt der Verbleib von 200 000 Mark unklar ist. Die Cohn'schen Besitzungen haben einen weit höheren Wert, doch ist ihre Belastung nicht bekannt. Die Grenzstationen wurden von dem Verschwinden des Konkursverwalters in Kenntnis gesetzt. — Auch die Stadt Striegau soll betroffen sein, da er den Konkurs Dr. Schneider in Gurtsch bei Strehlen verwaltete. — Am Mittwoch fand im Landgericht eine Pressebesprechung statt, in der über den Stand des Falles Cohn Auskunft erteilt wurde. Nach den bisherigen Nachforschungen ist ein Fehlbetrag von 300 000 Mk. zu verzeichnen. In den letzten Jahren wurden Cohn, um eine Monopolisierung zu vermeiden, keine neuen Konkurse mehr übertragen. Es wurden noch etwa 30 Konkurse von Cohn verwaltet, davon 8 Breslauer und 22 auswärtige, letztere meist aus Canth, Strehlen, Winzig und Reinerz. Die Angestellten scheinen von den Unregelmäßigkeiten nichts gewußt zu haben. Der Flüchtige ist weiter unauffindbar.

hy. **Breslau,** 23. Oktober. (Disziplinarverfahren gegen 40 Breslauer Beamte.) Auf Betreiben einiger Stadtverordneter hat Oberbürgermeister Dr. Wagner gegen etwa 40 Beamte der städtischen Bauämter eine Disziplinaruntersuchung eingeleitet. Sie sollen die elektrische Installationsfirma Kaspar Wirtz, die für die Stadt viele Arbeiten ausführte, bei der Zuwendung dieser Arbeiten gegen entsprechende Zuwendungen bevorzugt behandelt haben. Die Beamten und Angestellten ließen durch diese Firma Hauptarbeiten im eigenen Haushalt ausführen, die oft nicht bezahlt worden sind. Auch bei Submissionsverfahren sollen größere Schiebungen vorgekommen sein.

hy. **Gleiwitz,** 23. Oktober. (Unregelmäßigkeiten im Gleiwitzer Polizeipräsidium.) Hier sollen im Polizeipräsidium Unregelmäßigkeiten vorgekommen sein. Amtlich wird bestätigt, daß einem Polizeiobersekretär, der schon längere Zeit außer Dienst ist, anscheinend Vergünstigungen von verschiedenen Lieferfirmen gewährt worden sind, weil sie glaubten, der Beamte habe entscheidenden Einfluß auf die Vergebung der Lieferungen. Wie weit sich noch andere Beamte schuldig und strafbar gemacht haben, wird erst die gerichtliche Untersuchung ergeben. Der Staat scheint jedoch keinen Schaden erlitten zu haben.

hy. **Glogau,** 23. Oktober. (Unter schwerer Anklage.) Gegen den Eisenbahnobersekretär Pohl wurde das Hauptverfahren wegen Amtsunterschlagung, Falschbeurkundung und Urkundenfälschung eröffnet. Gegen Kaufmann Larisch wird Anklage wegen gewerbsmäßiger Hehlerei erhoben werden.

Schwere Bluttat, Selbstmord des Täters.

Strehlen, 24. Oktober. **Wegen Erbschaftsstreitigkeiten versuchte in Berkkretscham bei Strehlen in Schlesien der aus Breslau stammende Tischler Ernst Krusche seinen Bruder Max Krusche sowie dessen Ehefrau zu erschießen. Während die Frau sofort tot war, wurde sein Bruder schwer verletzt. Kurz darauf verübte der Täter durch einen Kopfschuß Selbstmord.**

Brieg. Mauereinsturz fordert ein Todesopfer. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich bei den Arbeiten am Umbau der neuen Kaserne, wo man gegenwärtig mit dem Abbruch des an der Nordseite des Kasernenhofes stehenden langen ehemaligen Scheibenschuppens beschäftigt ist. Als der 22 Jahre alte Maurer Alfred Monden aus Buchitz, von der Baufirma Seeliger u. Catterfeld, an einer Mauer stemmte, die zum Einsturz gebracht werden sollte, fiel die Mauer früher, als man erwartet hatte, um. Monden konnte nicht mehr rechtzeitig wegspringen und wurde von der Mauer getroffen. Er erlitt eine so schwere Schädelverletzung, daß der Tod unmittelbar eintrat.

Schönau a. K. Das Aufwindeseil reißt... Der Stellmacher und Brunnenbauer Hoffmann aus Schönwaldau war beim Stellenbesitzer Mattern in Falkenhain mit dem Reinigen des tiefen Hausbrunnens beschäftigt, als plötzlich das Aufwindeseil riß, so daß dem in dem Brunnen Arbeitenden ein schwerer Eimer auf den Kopf stürzte. Der Getroffene fiel mit zerschmettertem Schädel tot nieder.

Schweidnitz. Durch ein Pickel ums Leben gekommen. Das Opfer einer alten Unsitte wurde in Stolbergsdorf die Hausbesitzerin Krätzig, die jetzt infolge Blutvergiftung starb. Vor einigen Tagen hatte die Frau eine Blatter im Gesicht aufgekratzt. Es stellten sich bald fieberhafte Erscheinungen ein, bis schließlich der Arzt zu Rate gezogen werden mußte. Inzwischen aber war Schmutz in die kleine Wunde gelangt, so daß es nicht mehr möglich war, die Frau am Leben zu erhalten.

Breslau. Auto 30 Meter tief abgestürzt. Ein schwerer Autounfall trug sich in der Nähe der Sieben Kurfürsten im Eugengebirge zu. Ein mit vier Personen besetztes Auto aus Schweidnitz, das von dem Sohne des Besitzers selbst gesteuert wurde, stürzte in der ersten Kurve hinter den Sieben Kurfürsten nach Peterswaldau zu einen Abhang etwa 30 Meter tief hinunter, wobei sich der Wagen mehrere Male überschlug. Von den Insassen war der Besitzer selbst tot, während seine Frau und sein Sohn schwere Verletzungen davontrugen, so daß sie von dem Krankenauto in das Reichenbacher Krankenhaus übergeführt werden mußten.

Um das Geheimnis einer Geburt.

War Geza von Horvath königlicher Abstammung?

= **Dresden,** 23. Oktober.

Große Sensation wird ein Klagebegehren machen, das bei der 4. Zivilkammer des hiesigen Landgerichts erhoben wurde. Die Klage richtet sich gegen den ehemaligen König

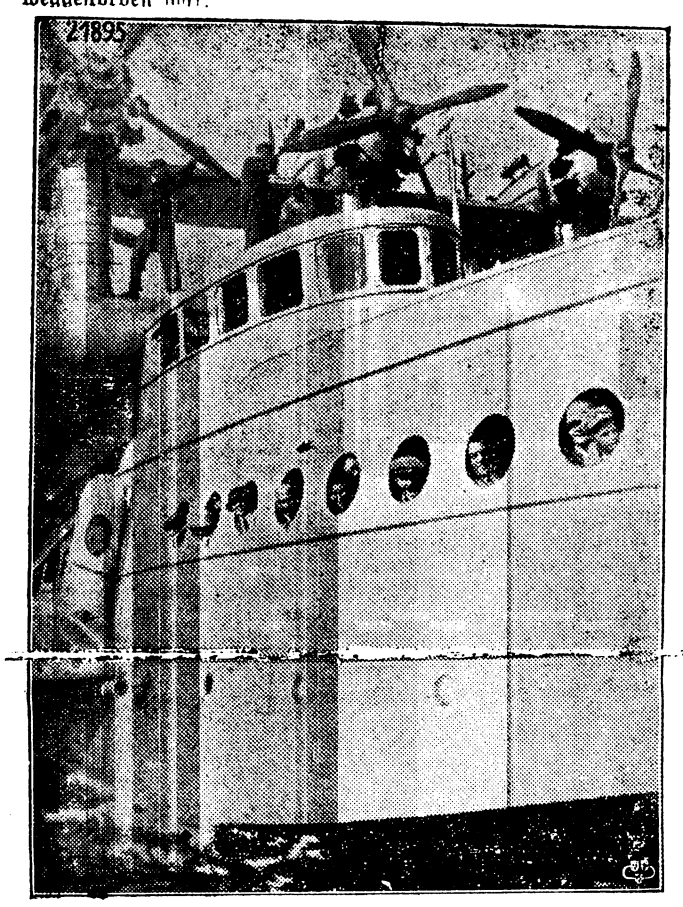
von Sachsen Friedrich August und dessen Geschwister Prinz Johann Georg sowie gegen Prinz Max, Prinzessin Mathilde und Erzherzogin Maria Josepha.

Die Klage ist erhoben von dem in Berlin wohnenden Viktor von Horvath, der zurzeit auf Erwerbslosenunterstützung angewiesen ist. Die Klage soll zur Feststellung darüber führen, ob der im Jahre 1921 durch Selbstmord aus dem Leben geschiedene Vater des Klägers, Geza von Horvath, im August oder September 1851 von der damaligen Kronprinzessin Carola von Sachsen als ehelicher Sohn zur Welt gebracht worden ist.

Nächstens soll in der aufsehenerregenden und geheimnisvollen Angelegenheit bereits der erste Termin stattfinden. Der Kläger hat sich den Notar und Rechtsanwalt Müller-Röhr aus Dresden und der König und seine Gattin den Dresdner Justizrat Dr. Weding als Rechtsbeistand genommen.

Geza von Horvath hat sehr ausführliche Aufzeichnungen hinterlassen, durch die er das Geheimnis seiner Geburt zu entschleiern versucht und die herbe Tragödie seines Lebens anklagt. Dieses schicksalsreiche Leben nahm damit seinen Anfang, daß Geza von Horvath bereits in frühester Jugend aus dem Hause gejagt wurde. Wie auf Fledermausflügeln zog fast sieben Jahrzehnte lang die herbe Not mit ihm, so daß der meiste Inhalt seines Daseins ein ständiger Kampf mit der Sorge blieb. Noch in seinen späten Jahren mußte sich Geza von Horvath, der auf dem Budapester Konservatorium eine mehrjährige Heranbildung zum Violinkünstler genossen hatte, seine Unterhaltung durch musikalische Darbietungen verdienen.

Viele Jahrzehnte ist Geza von Horvath, wie er erklärt, über seine wirkliche Herkunft geflissentlich im Unklaren gehalten worden, und erst durch einen Budapester Advokaten will er näheren Aufschluß über den wahren Sachverhalt seiner Abstammung erhalten haben. So sehr er sich jedoch bemühte, seinen vermeintlichen Ansprüchen zum Siege zu verhelfen, blieb seinen zähen Anstrengungen der Erfolg versagt. Bis in die Seele vergrämt, nahm er sich das Leben. Sein Sohn aber will jetzt unbedingt klargestellt wissen, ob das Geständnis, das die Pflegemutter Geza von Horvaths knapp vor ihrem Hinscheiden gemacht hat, auf Wahrheit beruht: daß ihr seinerzeit von einem hohen sächsischen Offizier das Kind gebracht worden ist, das dann die Stelle ihres eigenen Kindes vertrat, das ihr zwei Wochen zuvor weggestorben war.



Vor dem Start des „Do. X" mit 169 Personen.
Wenige Sekunden vor dem Start zum Rekordfluge um den Bodensee mit 169 Personen an Bord. Die Passagiere schauen noch einmal zu den Bullaugen des Riesenflugbootes hinaus, bevor es sich in die Lüfte erhebt.

Berliner Ereignisse.

Ein Stadtbahndienstgebäude ausgebrannt.

Im Stationsgebäude des Stadtbahnhofes Savignyplatz kam ein größeres Schadenfeuer zum Ausbruch, durch das der gesamte Stadtbahnverkehr in beiden Richtungen längere Zeit hindurch lahmgelegt wurde. Das ganze Dienstgebäude brannte gänzlich aus.

Schon wieder Durchstechereien!

Einem neuen Fall von Schmuggel an die Gebrüder Sklarek ist man in Moabit auf die Spur gekommen. Der Fall erhält eine besondere Bedeutung dadurch, daß einer der Sklarekschen Verteidiger von Beamten des Untersuchungsgefängnisses beschuldigt wird, seinen Mandanten Kognak, Wein und Medikamente in die Zellen geschmuggelt zu haben.

Veruntreuungen bei der Kreissparkasse Berleburg.

Münster i. Westf., 24. Oktober Bei einer unvermuteten Revision bei der Kreissparkasse im Kreise Wittgenstein in Berleburg ist man einer Reihe von Unterschlagungen auf die Spur gekommen. Die Höhe der Veruntreuungen steht noch nicht fest. Jedoch gilt es heute schon als sicher, daß mindestens 40 000 Mark im Laufe der letzten Jahre unterschlagen wurden. Es wurde festgestellt, daß sämtliche Angestellte der Kreissparkasse mit Wissen des Rendanten an den Veruntreuungen beteiligt sind. Das gesamte Personal ist daraufhin fristlos entlassen worden. Wie weiter bekannt wird, hat die Kasse umfangreiche Kredite ohne Deckung bewilligt.

Ein Neubau eingestürzt.

5 Arbeiter getötet und 14 verletzt.

Beuthen, 24. Oktober. Beim Neubau der Städtischen Badeanstalt in Beuthen ereignete sich ein schweres Einsturzunglück. Durch eine einstürzende Betondecke im ersten Stock des Neubaues wurden 5 Arbeiter getötet. Weiter wurden 14 Arbeiter verletzt, davon 4 schwer. Das Unglück scheint nach den bisherigen Feststellungen auf eine vorzeitige Loslösung der Verschalung der Betondecke, die mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Jahreszeit noch nicht völlig getrocknet war, zurückzuführen sein. Vom Oberbürgermeister der Stadt Beuthen wurde sofort die Staatsanwaltschaft benachrichtigt. Der Staatsanwalt hat sich sofort an die Unfallstelle begeben und die erforderlichen Ermittlungen eingeleitet. Die Bergungsarbeiten wurden sofort aufgenommen. Ob man von den Verschütteten noch jemand lebend retten kann, steht bis zur Stunde noch nicht fest.

Folgenschweres Brandunglück.

Hannover, 24. Oktober. In Calefeld ereignete sich ein schweres Brandunglück, bei dem ein Toter und ein Verletzter zu beklagen sind. Der Benzintank eines im Hausflur eines Wohnhauses untergebrachten Motorrades, das kurz vorher benutzt wurde, flog plötzlich in die Luft. Diele und Treppe gerieten in Brand. Die bereits schlafenden Hausbewohner retteten sich über Leitern aus dem brennenden Hause. Nur eine Frau konnte sich nicht mehr rechtzeitig in Sicherheit bringen. Sie stürzte die Treppe hinab und erlitt schwere Brandwunden, welchen sie im Krankenhaus erlegen ist. Ein Hausbewohner erlitt erhebliche Brandwunden. Das Feuer konnte von der Ortsfeuerwehr schnell gelöscht werden.

Kleine Chronik.

Rückkehr des Eisbrechers „Krassin" nach Leningrad. Nach Meldungen aus Moskau ist der russische Eisbrecher „Krassin" nach Leningrad zurückgekehrt. Der Eisbrecher hat insgesamt 9000 Meilen zurückgelegt und 26 ausländische Frachtdampfer durch die Eismassen des Karischen Meeres zur Jenissei-Mündung und zurück geleitet.

Fernsprechverbindung Berlin—Leningrad. Wie aus Moskau gemeldet wird, wurde dieser Tage das erste Probe-Telephongespräch zwischen Berlin und Leningrad durchgeführt. Der russische Botschafter in Berlin, Krestinski, führte ein Gespräch mit dem deutschen Generalkonsul Zechlin. Nach den Mitteilungen des russischen Telephonamtes war die Verständigung sehr gut.

Ein Sohn Horthys verunglückt. Bei den Polowettspielen auf der Margarethen-Insel bei Budapest stürzte Nicolaus von Horthy, der jüngere Sohn des ungarischen Reichsverwesers, vom Pferde und erlitt eine Gehirnerschütterung und andere schwere Verletzungen, so daß er in ein Sanatorium gebracht werden mußte. Bis zum Abend hatte er das Bewußtsein noch nicht wiedererlangt.

Lateinische Schrift auch in Jugoslawien. Die jugoslawische Regierung befaßt sich zurzeit mit einer für die ganze Bevölkerung wichtigen Gesetzesvorlage über die Einführung der lateinischen Schrift im Amtsgebrauch. Durch das Gesetz wird die bisher übliche cyrillische Schrift aus dem Amtsverkehr vollkommen entfernt. Der Verkehr mit dem Auslande wird dadurch bedeutend erleichtert.

Zur Notlandung eines holländischen Postflugzeuges. Das zweite niederländische Postflugzeug hat den Rückflug von Batavia aus angetreten. Entgegen einer Konstantinopeler Meldung ist die Mannschaft des vierten holländischen Postflugzeuges, das vor einigen Tagen eine Notlandung vornehmen mußte, wobei das Flugzeug beschädigt wurde, nicht schwer verletzt worden. Zwei Mann der Besatzung, die ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußten, sind bereits vollkommen wieder hergestellt. Der Apparat wird zur Ausbesserung nach Holland geschafft.

Unwetter in Norditalien. Aus Norditalien werden heftige Stürme und Hagelschläge gemeldet. In der Umgebung von Biella war das Unwetter von einem bedeutenden Temperatursturz begleitet. In Genua schlug der Blitz in einen Kirchturm ein und beschädigte ihn schwer. In der Umgebung wurde die Weinernte teilweise vernichtet. An der Küste hat das Meer bedeutende Verwüstungen angerichtet. In Nervi wurde der Neubau eines kleinen Hafens zerstört. In Como ist infolge des Unwetters der Verkehr teilweise unterbunden worden. In der Umgebung von Bergamo wird aus dem Gebirge 20 Zentimeter Schnee gemeldet.

Der Bischof von Nizza gestorben. Der Bischof von Nizza, Monsignore Riccard, dessen Name in letzter Zeit in Verbindung mit der Nachfolge für den verstorbenen Erzbischof von Paris, Dubois, viel genannt wurde, ist plötzlich gestorben.

69 Buddhafiguren gestohlen. Wie aus Peking gemeldet wird, sind in Zusammenarbeit zwischen Althändlern und chinesischen Soldaten eine große Anzahl von alten Buddhafiguren gestohlen worden. Von den Behörden wird erklärt, daß insgesamt die Köpfe von 69 Buddhasteinen, die aus dem Jahre 500 n. Chr. stammen, gestohlen worden seien. Die gestohlenen Figuren sind die ältesten Zeugen buddhistischer Kunst dieser Art.

Vermischtes.

○ **Rasiere dich elektrisch!** Der junge Ingenieur G. R. Benjaminsson hat eine neue praktische Erfindung gemacht in Gestalt eines elektrischen Rasierapparats. Aeußerlich sieht das kleine Werkzeug ähnlich wie die gebräuchlichen Rasierhobel aus; es ist aber etwas größer gebaut, da es noch einen kleinen Motor in sich aufnehmen muß. Der Apparat macht das Schleifen der Messer bzw. das Erneuern stumpfer Klingen völlig überflüssig, da der Motor beim Rasieren gleichzeitig das Messer ständig schärft. Des weiteren macht der kleine Apparat auch die Arbeit des Einseifens unnötig, da das Rasieren mit diesem Apparat ohne Einseifen vor sich gehen kann. Der Motor selbst soll der kleinste elektrische Motor sein, der je gebaut wurde, anwendbar sowohl für Gleich- wie für Wechselstrom. Dabei sollen die Verkaufskosten des kleinen Werkzeuges nur etwa 16.20 Mark betragen. Sobald das schwedische und das deutsche Patent erteilt ist, wird der Apparat im Großen hergestellt werden.

○ **Den größten Fleischverbrauch** von allen Ländern der Erde hat Australien aufzuweisen, wo der jährliche Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung sich auf rund 130 Pfund beläuft. An zweiter Stelle folgt Amerika, das jedoch nur etwa die Hälfte dieser Menge erreicht, nämlich 64 Pfund. Den drittstärksten Verbrauch hat England mit 52 Pfund aufzuweisen, während Deutschland, das an vierter Stelle steht, [illegible]

○ **Woran schon Napoleon III. dachte.** Es war sehr verfehlt, die Idee eines Verbindungskanals zwischen Frankreich und England erst der neueren Zeit zuschreiben zu wollen. Bereits Napoleon der Dritte erörterte diesen Plan mit außerordentlichem Eifer. Schon zu jener Zeit ließ man an drei Dutzend verschiedene Pläne schaffen, die einen Verbindungskanal zwischen Frankreich und England zum Gegenstand hatten.

Vereinskalender.

Esperanto Societo „Estonteco".
Jeden Dienstag abends 8 Uhr Versammlung im Hotel „Rosengarten". Gäste willkommen.

Stenographen-Verein „Stolze-Schrey."
Jeden Mittwoch abend 8 Uhr Uebungsabend in der Evang. Schule. — Gäste willkommen.

Turnverein Warmbrunn.
Sonnabend, den 26. Oktober, abends 8 Uhr, Herbstvergnügen mit Siegerfeier.

Kropfleidende!
Was könnte besser das Zutrauen beweisen, welches Tausende von Kunden zu unserem **Sagitta-Balsam** haben, als die Tatsache, daß Hunderttausende mit Sagitta-Balsam den Kropf, Blähhals, Satthals, dicken Hals erfolgreich behandelt haben. Unauffällige Anwendung. Preis RM. 2.00, ganze Kur RM. 5.50 **Sagitta-Struma-Tabletten** dazu genommen verstärken die Wirkung. Sind auch bestes **Vorbeugungsmittel** gegen Kropf. Preis RM. 2.20. In allen Apotheken erhältlich. Stets vorrätig: **Schloßapotheke,** Bad Warmbrunn und **Kronen-Apotheke** in Herischdorf.

Verkaufe einen großen Posten **sehr schöne**
Tafel-Eß- und Einlegebirnen
spottbillig
auf dem Wochenmarkt **am Freitag von 8 Uhr früh b. 12 Uhr mittags.**
Lange, Kleinröhrsdorf.

Tarragona
vom Faß
empfiehlt
Paul Schütz,
Bad Warmbrunn,
gegenüber der Post.
Fernruf 131.

Visitenkarten fertigt Buchdruck. Paul Fleischer.

58 Jahre Young-Plan.
Eine quellenmäßige Betrachtung über **Inhalt, Wesen und Folgen des Young-Planes** von **Gregor Strasser**
Wer sich über die verheerende Wirkung des Young-Planes unterrichten will, kaufe sich dieses Heft. — Preis 20 Pfg
Zu haben in der
Buchhandlung von Krabel,
Hirschberg i. Rsgb. Promenade 2 a I.

Fußschweiß?
Holen Sie doch in der nächsten Apotheke **Sagitta Exsudor,** mit **Sagitta Schweißpuder.** Die glänzend bewährte Kur gegen jede Art von Schweißbildung. In allen Apotheken erhältlich, stets vorrätig: in der
Schlossapotheke.
Bad Warmbrunn,
Kronenapotheke
Herischdorf.

Bekanntmachung.

1. **Die Flußkatasterbeiträge** sind von dem Provinzialausschuß der Provinz Niederschlesien auf 100 Prozent des Normalbeitrages festgesetzt worden. Die festgesetzten Beträge sind bis **spätestens 15. Dezember dieses Jahres** an die Gemeindekasse zu zahlen. Einwendungen gegen das Flußkataster sowie gegen die Höhe der Beiträge müssen eingehend begründet bis zu dem gleichen Tage hier zur Weitergabe an den Herrn Landeshauptmann eingegangen sein. Später eingehende Reklamationen können nicht berücksichtigt werden. Bis zu dem gleichen Tage sind auch etwaige Anträge auf Erlaß oder Ermäßigung einzureichen.
2. Es wird darauf hingewiesen, daß die **hiesige Volksbücherei** einen neuen Teil der Kreisvolksbücherei mit zirka 200 Bänden zur Ausleihung erhalten hat. Die Ausgabe der Bücher findet jeden Montag von nachmittag 3—5 Uhr statt.
3. Die diesjährige Ziehungsliste der **Anleihe-Ablösungsschuld des deutschen Reiches** Nr. 1—90 000 kann auf dem Gemeindeamt, Zimmer Nr. 1 (1. Stock) eingesehen werden. Die Anleihe-Ablösungsrechte sind mitzubringen.
4. Am hiesigen Anschlagbrett im Gemeindeamt hängt eine Bekanntmachung betr. **Satzung des Kommunalen Giroverbandes Niederschlesien** zur öffentlichen Kenntnisnahme aus.

Bad Warmbrunn, den 24. Oktober 1929.

Der Gemeindevorsteher. Dr. Unger